

2023 noch keine Flüchtlinge in Altenwalde

Altenwalder Kaserne ist für das Land wegen der Größe ein bedeutsamer Standort / Behörde will in der Erstaufnahmeeinrichtung selbst Regie führen

VON MAREN REESE-WINNE

Altenwalde/Cuxhaven. In vielen Zeitungen Deutschlands (auch unserer) lief am Dienstag eine Meldung der dpa (Deutsche Presseagentur) über die künftige Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Altenwalde. Für Irritierung sorgte darin die Zahl von 1000 Plätzen.

Was das bedeutet und ob etwa schon vor der Eröffnung die ursprünglich angekündigte Höchstgrenze von 600 Plätzen gerissen wird, hat das zuständige Innenministerium auf Anfrage unseres Medienhauses am Mittwoch erklärt und dabei auch unsere Fragen zu wichtigen Details beantwortet.

Rücksicht auf die Größe des Stadtteils

Mit einer klaren Botschaft zum Umfang: „In Absprache mit der Stadt Cuxhaven und dem Landkreis Cuxhaven plant das Land den Südtel der Liegenschaft mit der regulären Kapazität von 600 Plätzen zu ertüchtigen“, heißt es in der Antwort. Dabei handelt es sich um die Plätze der Erstaufnahmeeinrichtung. Dazu kommen 200 Plätze, die der Landkreis als Großunterkunft im jüngsten Teil der Kaserne einrichten und betreiben will. „Das sind die Zahlen, die abgesprochen sind und dabei muss es auch bleiben“, bekräftigte am Mittwochnachmittag der Sozialdezernent des Landkreises Friedhelm Ottens: „Mehr geht nicht.“



Die Gebäudesubstanz in der Altenwalder Kaserne (hier bei einer Begehung Ende 2022) wird jetzt genauer untersucht. Die Ertüchtigung wird einiges an Zeit in Anspruch nehmen. Foto: Reese-Winne

Aufgrund der vielen Freiflächen und Ausbaureserven liege die tatsächliche Kapazität der ehemaligen Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne in Altenwalde tatsächlich sogar deutlich über 1000 Plätzen, so das Innenministerium. In Anbetracht der Größe und Einwohnerzahl Altenwaldes plane das Land jedoch maximal 600 Plätze für die Unterbringung zu ertüchtigen.

Gestern wurde offiziell bekannt, dass mit einem Start im Jahr 2023 nicht mehr zu rechnen ist. Gerade werde die Bau-

substanz untersucht, so eine Ministeriums-Sprecherin, die eine Eröffnung im Jahr 2024 ankündigte. Ein genauerer Termin sei abhängig von dem Ergebnis der Untersuchungen. Die Stadt und der Landkreis Cuxhaven seien eng eingebunden und über den aktuellen Stand informiert.

Auch für die zweite große Frage - „Wer wird denn nun der Träger?“ - gibt es seit Mittwoch eine Antwort: Das Land will in der auf zunächst zehn Jahre ausgelegten Einrichtung selbst Regie führen. „Derzeit wird für die Liegen-

schaft ein Mischbetrieb angestrebt. Vor Ort sollen festes Personal der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) sowie Dienstleister (zum Beispiel Caterer, Reinigungsdienstleister) eingesetzt werden“, verriet das Ministerium. 2015 - in der Notunterkunft - war noch das DRK Cuxhaven-Hadeln als Träger beauftragt worden.

Auch die in Cuxhaven kursierende Frage, wo denn wohl all die benötigten Arbeitskräfte herkommen sollen, bleibt noch unbeantwortet. Ein Stellenportal

habe die Landesaufnahmebehörde jedenfalls noch nicht am Start und es seien auch noch keine Stellen ausgeschrieben, hieß es am Mittwoch.

Wasserstraßenamt bietet keine Perspektive

Im Oktober hatte der um Hilfe gebetene Bund dem Land sieben Liegenschaften als mögliche Flüchtlingsunterkunft genannt. Die Altenwalder Kaserne blieb nach Überprüfung des Landes als einzige übrig. Zu den Vorschlägen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) gehörte übrigens eine weitere Immobilie in Cuxhaven: Das Gebäude des ehemaligen Instituts für Fischereiökologie (Thünen-Institut) in der Deichstraße 12. 2017 hatte das Institut alle Standorte in Bremerhaven zusammengezogen. In Cuxhaven entbrannte eine heiße Diskussion um die Weiternutzung der weißen Villa an der Amtsgerichts-Kreuzung. Das Lotsenkommandeurshaus aus dem Jahr 1844 (später Wasserstraßenamt) hätten sich viele gerne als Kultureinrichtung gesichert, nachdem die BIMA anfangs einen Abriss erwogen hatte.

Das Land befand den Standort mitten in der Stadt mit seinen 1200 Quadratmetern Fläche als gänzlich ungeeignet. Grundvoraussetzungen wie Flächen für Gemeinschaftsverpflegung, Beschulung, Verwaltung und Freizeit, Parkplätze und Feuerwehrzufahrten bieten offenbar nur wenige Objekte in ganz Niedersachsen - darunter eben auch die Kaserne in Altenwalde.

Das Land Niedersachsen ist laut eigener Aussage bestrebt,

beim Ausbau von Erstaufnahmekapazitäten mehrere kleinere Einrichtungen zu betreiben, anstatt in wenigen Kommunen große Unterkünfte einzurichten. Unter anderem soll damit die Unterbringung sozialverträglicher gestaltet werden. Erstaufnahmeeinrichtungen sind die erste Anlaufstelle für Geflüchtete, die Niedersachsen erreichen. Nach der persönlichen Erfassung, der Beurteilung des Bleiberechts und der Vermittlung erster Kenntnisse über das Leben in Deutschland werden die Neuankommlinge nach einigen Wochen oder Monaten auf Kommunen im ganzen Land verteilt.

Konfliktpotenzial ehrlich benennen

Ende April hat Innenministerin Daniela Behrens eine neue Außenstelle der Landesaufnahmebehörde mit bis zu 500 Plätzen in Bad Sachsa am Harz besucht, die in einigen Wochen belegt werden soll. In der ehemaligen Kurklinik sollen insbesondere vulnerable Personen wie Menschen mit Behinderungen sowie alleinreisende Frauen mit und ohne Kinder untergebracht werden, nicht nur aus der Ukraine, sondern aus Krisengebieten weltweit. Ukrainer würden auch in Altenwalde deutlich in der Minderzahl sein, hieß es bereits bei mehreren Veranstaltungen. Einheimische und Lokalpolitik forderten daraufhin viel Augenmaß bei der Zuweisung. Insbesondere eine zu große Zahl alleinreisender Männer aus vielen Nationen verspreche ein hohes Konfliktpotenzial, so die Warnungen.